

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 18 / 43. Jg.

2. Mai 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3973). Für die Länder des Westpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsgart Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Die Anträge der Unternehmer

Die Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe sind, wie bereits schon berichtet wurde, laut Vereinbarung der beiden Tarifpartner für den 5. Mai und folgende Tage angesetzt worden. Also kurz nach Erscheinen dieser Nummer des Verbandsorgans sitzen die Vertreter der beiden Tarifkontrahenten zusammen, um eine Möglichkeit zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu suchen. Das wird bestimmt nicht leicht sein. Denn nach der grandiosen Verpönderung der Gehilfenschaft durch das Unternehmertum herrscht im Gehilfenlager nicht gerade Pianissimo-Stimmung. Die Unternehmer scheinen auch eine Ahnung gehabt zu haben, wie die Gehilfenschaft auf ihr Handeln reagieren wird, denn sie wollten, wie in den Jahren vorher, die Verhandlungen möglichst weit an den Ablauftermin des Tarifvertrages herschieben. Dem hat sich die Gehilfenschaft diesmal mit Erfolg widersetzt, und es bleibt so Zeit, sich in Ruhe und gründlich mit dem Verhandlungsergebnis zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

Dazu liegt sehr wahrscheinlich auch alle Veranlassung vor. Die allgemeine Situation zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum steht so, daß die „Wirtschaft“ jetzt die Zeit für gekommen sieht, den längst geplanten Großangriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse durchzuführen. Ihnen zur Seite steht nach einem Urteil des Zentrumsmanes Schack die reaktionärste aller Regierungen seit Errichtung der Republik. Was die Regierung Brüning-Schiele in wenigen Wochen Amtszeit den Arbeitern schon alles an Lasten aufgepackt hat, ist allerhand. Und es liegt nicht der geringste Anlaß vor, daran zu zweifeln, daß sie auch den Wünschen der Unternehmer auf Drosselung der Arbeitslosenversicherung, auf Verschlechterung der Krankenversicherung und auf „Reform“ des Schlichtungswesens Rechnung tragen wird. Die Glaubensfrohnen in der Arbeiterschaft, die meinen, ohne Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten könne es nicht gut schlechter werden, sind dann um eine teure Erfahrung reicher. Doch das nur nebenbei. Daneben steht die große Arbeitslosigkeit mit ihren Wirkungen. Die Zeit ist also auf Kampf gestellt und die Unternehmer hoffen sicher, gute Beute in ihr Lager einzubringen.

Die gleiche Situation scheint auch für die Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe gegeben zu sein. Denn der Schutzverband hat den Tarif nicht in der Absicht gekündigt, den Gehilfen so leichter und besser entgegenkommen zu können. Was er durch die Tarifkündigung erreichen will, liegt auch ganz offen zutage. Und er hat es im Tarifkündigungsschreiben auch unmißverständlich ausgesprochen. Der Schutzverband hofft nämlich, daß es den kommenden Tarifverhandlungen gelingen wird, einen Weg für den Fortbestand des Tarifvertrages unter Berücksichtigung der so überaus schwierigen Lage der Arbeitgeber unseres Gewerbes zu finden.

Wir sind dieser Hoffnung nicht. Ganz ohne Zweifel ist die Gehilfenschaft gern bereit, den Unternehmern behilflich zu sein, aus der „schwierigen Lage“ der völlig unzureichenden Beschäftigung und Entlohnung der von ihnen produzierten Gehilfen herauszukommen. Aber daran wird es den Unternehmern gar nicht gelegen sein. Um die rechte Unterbringung dieser Produkte machen sie sich keine Kopfschmerzen. Ihnen geht es um Lohndruck und kleinliche Schindung des Arbeitsverhältnisses, wie die gestellten Anträge zu den Tarifverhandlungen eindeutig beweisen.

Obwohl die Anträge zu den Tarifverhandlungen schon in den in der zweiten Aprilwoche tagenden Gehilfenversammlungen eine Besprechung erfahren und die Unternehmeranträge glatt abgelehnt worden sind, soll doch noch einiges dazu gesagt werden. Vorweg möge die Feststellung gehen, daß im ganzen 39 Anträge eingereicht worden sind und zur Beratung stehen. Davon sind 12 Anträge von den Unternehmern eingereicht worden. Ein Teil der Gehilfenanträge betrifft reine Tarifformalitäten, die sich im Laufe der Tarifperiode als abänderungsnotwendig erweisen haben. Die wichtigsten Gehilfenanträge sind die zur Arbeitszeit, zum Ausgelerntenlohn, zur Regelung der Überstunden und zum Lehrlingswesen. Gefordert wird hierzu die siebenstündige Arbeitszeit, ein Ausgelerntenlohn von 45 Mark die Woche, höchstens 60 Überstunden im Jahr und eine Sperre der Lehrlingeinstellung. Natürlich sind auch noch andere Forderungen gestellt worden, die jedoch kaum stark in den Vordergrund der Entscheidung springen werden.

Eine Begründung dieser Forderungen an dieser Stelle ist sicherlich nicht nötig. Sie ergeben sich ganz von selbst aus der Gesamtlage der Gehilfenschaft. Es kann auch keine Rede davon sein, daß diese Forderungen übertrieben oder „untragbar“ wären. Ein nicht kleiner Teil der Kollegen hat dazu die Ansicht, daß die Gehilfen mit ihren Forderungen viel zu zurückhaltend, viel zu anständig wären. Sie verlangen vom Vorstand die gleich scharfe Konjunkturpolitik, wie sie von den Unternehmern getrieben wird. Richtig ist, daß die Unternehmer nackte Konjunkturpolitik bisher getrieben haben, aber ob so das Gewerbe und seine Ausüben auf die Dauer zu ihrem Rechte kommen können, ist doch eine ganz andere Frage. Doch weiter darüber zu reden, wird nach dem Vorliegen des Verhandlungsergebnisses rechte Zeit sein.

Wie schon einmal festgestellt, ist außer dem Lohnabbauantrages alles andere an Unternehmeranträgen Knitschigkeit. Man sieht es diesen Anträgen schon von weitem an, daß Nasenspitzenpolitik ihre Fixierung veranlaßt hat. Man höre und unterdrücke Lachen: Für die zweite Schicht soll kein Zuschlag mehr gezahlt werden; bei Mangel an Gas, Strom oder Kohle soll auf Verlangen der Geschäftsleitung die Zeit ohne Bezahlung des Überstundenzuschlages nachgeholt werden; 61

Orte sollen in dem ganz überflüssigen Ortsklassenverzeichnis niedriger eingestuft werden; Überstunden bis in die Puppen soll Tarifnorm sein; durch kreisweise Verteilung der Lehrlinge Ausnützung der Lehrlingsstaffel bis zum Exzeß; Ferienbeschneidung; Wegfall der Entschädigung bei Bronzedruck; Ausdehnung der Probezeit und Aushilfsarbeit auf 4 und 6 Wochen. Man sieht, Krähwinkel ist Trumpf. Soll dazu noch etwas gesagt werden? Das kann wirklich kein loyaldenkender Mensch verlangen!

Und nun noch der Antrag zum Lohn. Um es wörtlich zu geben:

„Der zur Zeit geltende Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr wird um 10 Proz. ermäßigt.“

„Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages wird eine allgemeine Lohnkürzung um 10 Proz. vorgenommen.“

Auch um diese Anträge Worte zu machen, ist unnötig. Die Gehilfenschaft verlangt einen Lohnabbau! Ein tariflicher Lohnabbau liegt außer dem Bereiche jeder Möglichkeit. Wollen die Unternehmer anders ein Lohnabbau-tänzchen wagen, der Gehilfenschaft wird recht sein. Sie hat dann gute Gelegenheit, gleich noch einiges andere zu bereinigen.

Um die gewünschte Änderung des Wortes „Leistungsfähigkeit“ in „Leistung“ wird auch nicht gestritten! Die Akkord- und Prämienarbeit bekommen die Unternehmer von den Gehilfen nicht. Ebenso gibt es keine Möglichkeit, die Feiertagsbezahlung im Sinne des Unternehmerwunsches zu „regeln“. Die Gehilfenschaft wäre anders ja auch von allen guten Geistern verlassen. Davon ist aber keine Spur.

Nach der Stellungnahme der Gehilfenschaft ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, auch nur im kleinsten dem Unternehmervorstand Rechnung zu tragen. Damit hört, wenn dem Tarifkündigungsschreiben der Unternehmer auch nur die geringste Bedeutung beigemessen wird, der Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe am 31. Mai auf zu sein. Ob das im Interesse des Gewerbes liegt, ist eine Frage für sich. Die Gehilfenschaft hält jedenfalls die tarifliche Regelung für einen Gewerbevorteil. Sie ist für den Abschluß von Tarifen und tritt dafür ein. Aber wenn den Unternehmern das ehemals „kleinere Übel“ zum größeren oder großen Übel geworden ist, muß es auch ohne Tarif gehen. Die Gehilfenschaft ist sich der Tragweite der zu treffenden Entscheidung wohl bewußt. Sie hat eingehend dazu Stellung genommen und gewissenhaft geprüft. Aber der Hinterwälderei wird keine Konzession gemacht! Die Gehilfenschaft hat am Aufbau des Gewerbes redlich mitgearbeitet und reichlich Opfer gebracht. Jetzt ist es aber genug! Ob die Unternehmer dieser Worte Sinn zu begreifen vermögen, werden die Tarifverhandlungen erweisen. Warten wir deshalb das Ergebnis dieser Verhandlungen ab!

Ehrenworte!

Unter dem Begriff „Ehre“ versteht man schlechthin den Wert eines Menschen einschließlich seiner moralischen und sittlichen Qualitäten. Ehre ist also ein höchst wertvolles Etwas. Diese Ansicht wird unterstrichen durch allerhand Übungen und Einrichtungen in der menschlichen Gesellschaft. Man schafft Ehrenstellen und Ehrenämter, man verleiht Ehrenzeichen, man schützt die Ehre vor Angriff und Beleidigungen und man schuf das Ehrenwort als Ausdruck einer durchaus wahren und unanfechtbaren Versicherung. Gesellschaftliche Kasten, die sich auf Kosten der Allgemeinheit auf Hochschulen und Universitäten bessere Bildung verschaffen konnten und noch können, nahmen diesen Umstand zum Anlaß, für sich einen besonderen Ehrbegriff zu kultivieren. Ehrengerichte wurden gegründet und die Ansicht in die Tat umgesetzt, daß eine verletzte Ehre nur repariert werden konnte, wenn man sich mit Pistole und Degen gegenseitig Löcher in den Bauch stieß und schoß. Der Bruch eines Ehrenwortes konnte, wenn es sich um Angelegenheiten zwischen den durch Besitz und Bildung Privilegierten handelte, gesellschaftliche Achtung nach sich ziehen. So wurde und wird das Ehrenwort in der Theorie geschätzt und gewertet! Daß aber auch in jenen Kreisen, die billig aufbegehren, wenn man ihre Worte in Zweifel zieht, an Stelle der „Ehrenworte“ ganz ordinäres Gebahren treten kann, wenn es um den heiligen Profit geht, das soll, um eine alte Auffassung zu begründen, zu Nutzen und Frommen derer, die für billige Worte und Versicherungen noch immer etwas übrig hatten und dadurch ihre Haltung mit bestimmen ließen, durch folgende, der jüngsten Praxis entnommene Vorkommnisse dargetan werden.

Das Kalkül.

Wenn jemand Arbeiten zu vergeben hat, dann bedient er sich der Gepflogenheiten des herrschenden Wirtschaftssystems und holt Offerten ein, um die Preise kennen zu lernen. Die eingekommenen Angebote werden dann gegeneinander ausgespielt und das „preiswürdigste“ Angebot erhält den Zuschlag. Der Vorteil der Preisunterschiede kommt bei solcher Übung dem Auftraggeber zugute. Um sich zu schützen, haben sich die Hersteller der Produkte zusammengetan, um möglichst gleichmäßige Kalkulationsvoraussetzungen zu schaffen. Das geschieht dadurch, daß man sich vor allen Dingen den Bezug der Ware Arbeitskraft vorteilhaft und zu möglichst unveränderten Preisen sichert, um gegen Überraschungen geschützt zu sein. Man schließt dieserhalb kollektive Arbeitsverträge auf breiter Grundlage ab und ist dabei sehr mutig, rigoros und bedenkenlos in der Auswahl der Mittel. Man sucht aber auch Einfluß zu gewinnen auf Preis und Qualität der wichtigsten Materialien. Auf diesem Gebiet läßt aber der Mut ganz wesentlich nach, weil man hier auf Holz vom gleichen Stamme stößt und man läßt es sich, um ein Beispiel aus unserem Kreise anzuführen, sogar gefallen, daß ein Papierproduzent engros gleichzeitig auch druckt und zufolge der Eigenherstellung von Papier Schmutzkonzurrenz treiben kann. Ja man versucht nicht einmal ernsthaft, ihn dem Vertrag zu unterstellen, der zum Bezug der Ware Arbeitskraft abgeschlossen wurde. Nachdem man also die Voraussetzungen zu möglichst gleichmäßigen Kalkulationsunterlagen geschaffen hat, setzt man eine Art Preisprüfungsstelle ein, in der ehrenwerte Männer haupt- und nebenamtlich zum Nutzen des Gewerbes tätig sind. Die Tätigkeit dieser Männer ist ganz unparteiisch. Die Unparteilichkeit geht sogar so weit, daß sich solche hauptamtlich tätige Männer trotz ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit als gerichtliche Sachverständige bestellen lassen, um von „Rechtswegen“ bei Prozessen zu befinden, daß nicht das schlechte Material, das ungeeignete Papier, die veralteten Maschinen und die Hetze der nur eiligen Termine schuld sind, wenn einmal etwas daneben geht, sondern etwas anderes. Dann beschließt man noch Preisrichtlinien, bringt sie den Interessierten zur Kenntnis, läßt Beschluß fassen und verpflichtet alle Beteiligten auf deren Einhaltung durch Ehrenwort! Wie diese Verpflichtungen eingehalten werden, ist offenes Geheimnis und nur deshalb, weil die dadurch entstandene Situation aus neue dazu führen soll, unter Vorantritt des provinziellen „Landsturms“ eine neue Abbauvorlage des stark verbesserungsbedürftigen kollektiven Arbeitsvertrages vorzutragen, will ich dem Neuroder Hauptquartier folgende Ergebnisse der ehrenwörtlichen Verpflichtung zur Einhaltung der Preisrichtlinien ins Stammbuch schreiben und bediene mich dabei nur der Dinge, die mir in der letzten Woche an einem Ort bekannt wurden:

Fall 1: Höchstangebot 1300 Mk. Niedrigstes Gebot 700 Mk., Differenz 53,8 Proz.

Fall 2: Höchstangebot 700 Mk. Niedrigstes Gebot 428 Mk., Differenz 61,1 Proz.

Fall 3: Höchstangebot 480 Mk. Niedrigstes Gebot auch 480 Mk., aber Lieferung der druckfertigen und kopierten Maschinenplatten für alle 4 Farben. Errechnete Differenz 25—30 Proz.

So sieht das „notleidende“ Lithographie- und Steindruckgewerbe aus. Wenn bei solchen Unterschieden auch noch verdient wird, und das muß man annehmen, weil niemand daran denkt, aus eigener Tasche zu wirtschaften, dann weiß man, was man von den neuen Verschlechterungsanträgen zu den Tarifverhandlungen zu halten und wie man sie zu bewerten hat.

Der Dritte.

Man könnte nun einwenden, daß es bei solchen Offerten immer Differenzen geben wird, weil auch betriebstechnische Einrichtungen eine Rolle mit spielen. Zugegeben, — aber nicht Differenzen bis zu 50 Proz. und darüber! Daß es aber trotz der ehrenwörtlichen Versicherungen, die Preise einzuhalten, in technisch gleichartig eingerichteten Betrieben durchaus nicht besser aussieht, das soll folgender wahrheitsgemäß geschilderter Fall beweisen:

Ein Besteller benötigt eine große Auflage graphischer Produkte. Als Vervielfältigungsverfahren kommt nur Offset in Frage. Für diesen Millionenauftrag schalteten außer drei Großfirmen wegen des kurzen Termins alle anderen aus. Die drei Großfirmen kommen zusammen und verständigen sich über den Preis, der abgegeben werden soll. Vernünftig! Denn warum soll der andere profitieren, der ja deshalb seine Ware nicht einen Pfennig billiger verkauft, wenn die Packung durch Schmutzkonzurrenz wohlfeiler zu stehen kommt. Man spricht bei dieser Unterhaltung noch dies und jenes, reicht sich zum Abschied die Hand, ruft sich das Gebot nochmals in Erinnerung, das abgegeben werden soll und verpflichtet sich — auf Ehrenwort! Und was geschah dann? Zwei von diesen Akteuren strebten nach Beendigung dieser Aussprache ihrem Betätigungsfeld zu, teils zu Fuß, teils per Benzin. Und der Dritte, der ging zum Besteller und gab ein Gebot ab, 20 Proz. billiger, als er sich auf Ehrenwort verpflichtet!

Nach Bekanntwerden nannten ihn die anderen ganz still und nur, wenn sie allein waren, einen Schubiaki. Das hinderte sie aber nicht, eben diesen Dritten bei der nächsten Begegnung als vollkommene Ehrenmann zu behandeln. Nur dachten sie einige Zeit angestrengt darüber nach, und zwar jeder für sich, wie sie bei zukünftigen Fällen den Dritten ausstechen könnten. — Ein uniformes Tun löste diese Tat aber doch in allen drei Großbetrieben aus. Man ließ sich den technischen Leiter kommen und die anderen „Ober“ dazu und sagte ihnen, daß schneller und rationeller produziert werden müsse, weil die „Konkurrenz“ viel billiger sei und daß, wenn ihnen ihre Stellung lieb und wert sei, sie alles tun müßten, um die Leistungen zu steigern. Und die drei Hauptakteure taten dann noch etwas zur Hebung des „notleidenden“ Gewerbes. Sie gingen hin und hoben zustimmend die Hand als die Anträge gestellt wurden für

- 10 Proz. Lohnabbau,
- Wegfall der Berufsferien,
- Verschlechterung der Feiertagsbezahlung,
- Raffinierte Ausnützung der Lehrlingsskala,
- Abwägung des Betriebsrisikos

und manches andere mehr. Nicht aus Kampfab-sichten! O nein, sondern weil es dem Gewerbe ja so schlecht geht.

Der Vorspann.

Daß zur Abgabe einer Kalkulation gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen, sagten wir schon und nannten u. a. die Vereinbarungen über den Bezug der Ware Arbeitskraft. Dabei spielt die Vermittlung der Arbeitskräfte eine gewisse Rolle. Obwohl die Arbeiterschaft vor einem Menschenalter Arbeitsnachweise errichtet, bis zur Gegenwart erhalten und damit dem Gewerbe gedient hat, empfand man es auf der Gegenseite doch als störend, daß sich bei Engagements eine dritte Stelle dazwischen klemmte. Also weg damit! Ein Antrag zu den Tarifverhandlungen folgte. Heißer Kampf, tariflose Zeit, endlich doch Einigung unter Beseitigung des als störend Befundenen. In den Zwischenspielen und im Schlußakt feierliche Versicherungen auf den Grundton gestimmt: „Nichts liegt ferner als ein Versuch, durch Überführung des Arbeitsnachweises die Löhne zu beeinflussen“ — auf Ehrenwort!

Dieser Theorie folgte eine anders orientierte Praxis, aus der wir auf Grund günstiger und eigenartiger Umstände folgende Denunziationen an ein Arbeitsamt wiedergeben können:

Fall 1: „... Es dürfte wohl im allgemeinen Interesse liegen, wenn hier Abhilfe geschaffen wird, denn die Forderung von ungewöhnlich hohen Löhnen dürfte nicht dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Das sind ja fürchterliche Zustände. Der Mann schlägt 80 Mk. aus und geht stempeln.“

Fall 2: „... Mein Lohnangebot wurde nicht angenommen, da die Leute scheinbar die Erwerbslosenunterstützung vorziehen. Da dieser Fall nicht vereinzelt dasteht, dürfte es wohl im allgemeinen Interesse liegen, wenn hier Abhilfe geschaffen wird.“

Fall 3: „... er zog es vor, lieber arbeitslos zu sein. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen von diesem Vorfall Kenntnis zu geben, da doch die Bekämpfung solcher Auswüchse unbedingt auch im Interesse des Arbeitsamtes liegt.“

Diese Denunziationen sprechen für sich selbst und stellen Versuche dar, die in Frage kommenden Arbeitssuchenden durch Entzug der Unterstützung zur Reduzierung ihrer löhnlischen Ansprüche zu bewegen. Dabei wollen wir ergänzend bemerken, daß im Fall 1 der Kollege vorher 93 Mk. und 86 Mk. verdient hatte, in seinen Leistungen dieser Firma wohlbekannt war und nach Ablehnung dieses Angebotes sofort wieder für 83 Mk. in andere Stellung ging. Selbst der Spruchauschuß des Arbeitsamts hat nachträglich anerkannt, daß der Kollege nicht verpflichtet war, das niedrige Lohn-diktat der Firma anzunehmen. Im Fall 2 kam es wohl aus gleichen Erwägungen heraus überhaupt nicht zum Unterstützungsentzug und auch im Fall 3 ist nichts nachgefolgt. Also selbst die Sozialbehörden haben das bewußte Haar in der Suppe gefunden und scheinen sich zu sagen: „Spiegelberg, wir kennen dir“. — Im übrigen aber auch hier lebendiger Anschauungsunterricht über den Wert abgegebener Versicherungen auf Ehrenwort! — Daß sich durch Stockschläge auf den Magen die in Frage kommenden Berufsangehörigen nicht von der klaren tariflichen Formulierung:

„Nach Vollendung des ersten Gehilfenjahres unterliegt der Lohn freier Vereinbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und der Dauer der Beschäftigung“

abbringen lassen, ist wirklich Ehrensache jedes einzelnen. Dieser Wille stellt etwas ganz anderes dar als jene Versicherungen und Ehrenworte, die wir hier etwas unter das Brennglas nehmen mußten.

Und der Zweck dieser Übung: Ein ganz klein wenig Anschauungsunterricht über kapitalistische Gesellschaftspsychologie im allgemeinen und über kapitalistische Wirtschafts-betätigung unserer tariflichen Gegenspieler im besonderen. Wer von den Preisboxern dieses Systems eine andere Haltung erwartet, jagt wirklich selbstkonstruierten Illusionen nach. Diese Ansicht erneut zu unterstreichen, erschien mir angesichts der schweren Tarifkämpfe im laufenden Jahr, mit ihren Abstimmungen und Zwischenspielen notwendig und nützlich zugleich. *Argus.*

Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt

Die immer mehr eintretende Verschiebung im Aufbau der Bevölkerung wird in der Wirtschaftsentwicklung und namentlich auf dem Arbeitsmarkt stark in Erscheinung treten. Wir hatten 1910 bei einer Gesamtbevölkerung im heutigen Reichsgebiet von 58 Millionen etwa 20 Millionen Kinder und 38 Millionen Erwachsene, jetzt haben wir bei einer Bevölkerung von 64 Millionen 15 Millionen Kinder und 49 Millionen Erwachsene. Dieses Verhältnis wird sich in der Zukunft eher noch verschlimmern. Daß sich unter diesen Umständen eigentümliche Erscheinungen bemerkbar machen, steht außer Frage. Von besonderer Bedeutung sind die Einflüsse auf den Arbeitsmarkt. Nach einer Untersuchung des Konjunkturinstituts wird die Zahl der männlichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren voraussichtlich betragen (in 1000):

1930	1932	1934	1935	1936	1938	1940
785	483	585	465	914	809	800

Wie wird sich nun der Arbeitsmarkt unter diesen Umständen gestalten? In all den Berufen, für die ausschließlich oder vorwiegend jugendliche Arbeitskräfte in Frage kommen, wird mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, ja mit teilweisem Arbeitermangel zu rechnen sein. Das Konjunkturinstitut warnt aber davor, für den Arbeitsmarkt in der Gesamtheit eine Entlastung zu erwarten. In dem Wochenbericht Nr. 3 lesen wir hierüber: „Selbst wenn die schlechtbesetzten Kriegsgeburtenjahrgänge in höhere Altersstufen aufrücken, so macht sich dies in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur verhältnismäßig wenig bemerkbar. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird zwar in den Jahren 1931 bis 1934 voraussichtlich leicht zurückgehen, in den darauf folgenden fünf Jahren jedoch wieder, wenn auch in langsamem Tempo, zunehmen.“

Soll der Arbeitsmarkt entlastet werden, so muß der Bedarf der Wirtschaft an menschlichen Arbeitskräften steigen. Der Arbeitsbedarf muß sogar rascher wachsen als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. In diesem Punkt sind wir weniger optimistisch als das Institut für Konjunkturforschung. Die Entwicklung geht dahin, daß der Arbeitsmarkt zurzeit von der verringerten Geburten-ziffer weniger berührt wird, dort also nach wie vor eine Übersetzung zu verzeichnen sein wird. Die Gewerkschaften haben darüber zu wachen, daß die notwendigen Verschiebungen der Arbeitskräfte nicht zu Lohnrückerei usw. benutzt werden.

RECHT UND GESETZ

Der Kampf um die Reform der Krankenversicherung

Von **Helmut Lehmann**, Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen.

Die Ende März von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Öffentlichkeit übergebene Denkschrift betont das Schicksalhafte einer grundlegenden Reform der deutschen Sozialversicherung. Besteht auch Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Reform, so trennt uns doch eine Welt von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Auch nach unserer Meinung sollen Ersparnisse gemacht werden, dort, wo unnötige Kosten verursacht werden, wo eine Leistung sozial nicht gerechtfertigt ist, oder doch eine sozial wichtigere verdrängt. Aber diese Ersparnisse sollten unserer Meinung nach dazu benutzt werden, die Krankenversicherung wirksamer zu gestalten, Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge auszubauen, d. h. es sollte unvermindert das gleiche Kapital wie bisher in der Gesundheitswirtschaft investiert werden, und zwar so lange, bis die Leistungen der Krankenversicherung sich auf den Gesundheitszustand so ausgewirkt haben, daß sie sich selbst allmählich entbehrlieh machen, genau so, wie der der beste Arzt ist, der sich allmählich überflüssig macht.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dagegen will etwas grundsätzlich anderes. Sie will nur Ersparnisse machen, und zwar nur durch Abbau der Leistungen oder durch Vergrößerung des Anteils der Versicherten an der Kostenaufbringung. Sie will den Etat der Krankenversicherung verringern. Das finanzielle Ergebnis ihrer Reformvorschläge beziffert sie auf eine Ersparnis von 500 Millionen Mark jährlich. Mag diese Rechnung selbst so richtig sein, wie sie falsch ist, so handelt es sich dabei doch nicht um eine Ersparnis für die deutsche Volkswirtschaft, sondern nur um eine Ersparnis an Beiträgen zur Krankenversicherung. Die Ersparnisse der Gesamtwirtschaft sind wahrscheinlich nicht sehr bedeutend. Vielleicht ist sogar der gesundheitliche Schaden, der bei der Verwirklichung dieser Vorschläge entstehen würde, in seiner finanziellen Auswirkung per Saldo größer. Eine Einigung mit der Vereinigung über diesen Punkt ist aber wahrscheinlich nicht zu erzielen, denn der Verfasser ihrer Denkschrift rechnet nur für die Gegenwart. Sozialpolitik kann aber nur auf lange Sicht gemacht werden.

Die Denkschrift rechtfertigt ihre Vorschläge mit wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten. Wir sind nicht gewillt, auf diese wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkte einzugehen. Wir können die Reformvorschläge der Arbeitgebervereinigung nur nach ihrer versicherungsrechtlichen und sozialhygienischen Seite hin würdigen. Es kann also hier nicht geprüft werden, inwieweit die Erhöhung des deutschen Sozialertrags die innere Kapitalbildung erschwert oder inwieweit sie einen entscheidenden Grund für die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft bildet, und ob es richtig ist, daß die große Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf Lohnerhöhungen und zu schnelle Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. Vom Standpunkt des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen aus gesehen, d. h. von den Gedanken des sozialen Fortschritts, die den traditionellen Auffassungen innerhalb unseres Verbandes entsprechen, müssen die Vorschläge der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände rundweg und in jeder Beziehung abgelehnt werden.

In der Denkschrift wird zunächst eine Übersicht über die Ausgabensteigerung in der deutschen Krankenversicherung gegeben. Es ist unbestritten eine Verteuerung der Krankenversicherung um das Doppelte eingetreten. Die Denkschrift macht sich die Sache aber zu leicht, wenn sie diese Ausgabensteigerung im wesentlichen auf eine gestiegene Begehrlichkeit der Versicherten zurückführt. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die sozialen Aufgaben der Krankenversicherung von heute in gar keiner Weise mit jener Krankenversicherung verglichen werden können, die 1913 bestand. Was seit jener Zeit notwendigerweise an bevölkerungspolitischen und gesundheitlichen Maßnahmen durchgeführt werden mußte, das ist die Hauptursache dieser Ausgabensteigerung, und es ist ein Glück, daß teils durch die Gesetzgebung, teils durch die freie Entschlußkraft der Kassenverbände dieser gewaltige Ausbau der Krankenversicherung stattgefunden hat, denn sonst sähe es um den Gesundheitszustand des deutschen Volkes anders aus. Die Arbeitgebervereinigung wundert sich, daß das Reichsministerium des Innern über einen guten Gesundheitszustand des deutschen Volkes berichten kann, und daß trotzdem die Ausgaben für die Krankenversicherung steigen.

Wer seit Jahrzehnten in der praktischen Arbeit der Krankenversicherung steht, für den bilden jene Berichte die Genugtuung, daß seine Arbeit für die Volksgesundheit nicht vergeblich ist.

Die Vereinigung der Unternehmerverbände verlangt zunächst die obligatorische Beteiligung der Versicherten mit 25 Proz. an den Kosten für Arzneien und Heilmittel. Sie beruft sich dabei zu Unrecht auf die Ausführung des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes auf der Breslauer Tagung. Dort war lediglich vorgeschlagen worden, Satzungsvorschriften zuzulassen, die eine Beteiligung an den Arzt-, Arznei- und Heilmittelkosten bis zu 25 Proz. vorsehen, und zwar sollte diese Beteiligung in der Form der Erhebung einer Gebühr für den Krankenschein vorgesehen werden, also eine fakultative Einrichtung, die die Kasse nur dann schaffen sollte, wenn sie mit anderen Mitteln, namentlich nicht durch eine Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes, ihren Etat im Gleichgewicht halten kann. Man begnügt sich nun aber nicht mit dem Vorschlag einer 25prozentigen Kostenbeteiligung an den Arzneimitteln, sie will außerdem noch eine Krankenscheingebühr von 1 Mark. Sie will weiterhin vier Wartetage obligatorisch. Mit den vier Wartetagen soll eine Ersparnis von 300 Millionen Mark erzielt werden. Diese Rechnung ist falsch, denn etwa 60 Proz. der Kassen haben bereits drei Wartetage für Krankengeld eingeführt. Welche indirekte Ersparnis durch die Wartetage erzielt wird, läßt sich nicht genau berechnen, wohl aber ist eine Schätzung der unmittelbaren Ersparnis an Krankengeld möglich. 1928 wurde für Krankengeld je Mitglied ausgegeben 29,55 Mk. Die Krankheitshäufigkeit betrug 56 Proz., die Krankheitsdauer 24,2 Tage je Fall. Das ergibt für drei Tage ein Krankengeld von 6,51 Mark. Nun wurden 1928 11 577 000 Krankheitsfälle (Arbeitsunfähigkeit) gezählt. Da der Wegfall der Wartetage nur bei 40 Proz. der Kassen noch in Frage kommt, so würde eine Ersparnis bei 4 630 800 Krankheitsfällen eintreten. Die Einsparung beträgt also nur 30 und nicht 300 Millionen Mark. Die Herren hätten sich übrigens selbst sagen können, daß sie sich um eine Null geirrt haben, denn die Gesamtausgabe für Krankengeld betrug 1928 nur 639 Millionen Mark.

Des weiteren wird eine völlige Abkehr von der bisherigen Krankenpolitik in der Gruppierung verlangt. Krankengeld soll nur noch für die Arbeitstage, nicht mehr für Kalendertage gezahlt werden. Es ist einfach nicht wahr, was die Denkschrift behauptet, daß sich die Mehrzahl aller Ärzte und Praktiker darin einig sind, daß die Zahlung des Krankengeldes für Kalendertage im Laufe der Zeit zu außerordentlichen Mißlichkeiten geführt hat. Durch eine Umfrage innerhalb unseres Verbandes ist festgestellt worden, daß noch nicht 10 Proz. aller Krankheitsfälle am Sonntag enden. So ist die Sachlage! Genau so abwegig ist die Forderung, den Höchstgrundlohn auf 9 Mark herabzusetzen. Bei Berechnung des Grundlohnes nach Arbeitstagen würde das eine Herabsetzung der wöchentlichen Grundlohnsumme von 70 auf 54 bedeuten. Die automatische Folge dieser Gesetzesänderung wäre die Heraufsetzung der Beitragsprozente; denn die meisten Kassen finanzieren sich aus den Beiträgen der hochentlohnenden Versicherten, da die Beiträge in den niedrigen Lohnstufen nicht ausreichen, um auch nur die Kosten der Sachleistungen der Krankenpflege zu decken. Die meisten Krankheitsfälle kommen bei den niedrigentlohnenden Versicherten vor.

Das Ideal der Unternehmer ist die Betriebskrankenkasse. Kein Wort gegen die Betriebszersetzung durch die Innungskrankenkassen. Das ist sehr bezeichnend. Eine Unverfrorenheit ist es aber, die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts zu fordern. Die Denkschrift verlangt allen Ernstes, daß die Wahl des Kassenvorsitzenden, die Anstellung der Angestellten, die Festsetzung der Beiträge, die Errichtung von Kassenverbänden, jede Erhöhung der Leistungen wie überhaupt jede Satzungsänderung von der Zustimmung der Arbeitgebergruppe abhängig gemacht wird. Die Herren wollen die Parität in der Verwaltung der Kassen, was sie aber nicht wollen, ist die Parität in der Beitragszahlung. Ganz im Gegenteil, nach wie vor sollen die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge aufbringen. Die Unternehmer wollen also die Alleinherrschaft in der Krankenversicherung. Diese Entrechtung der Arbeiterschaft ist das Kernstück der Reform in der Vereinigung der Unternehmerverbände. Die Arbeiterschaft muß ganz entschieden eine solche Reform ablehnen. Ein Kurswechsel in der Sozialversicherung ist eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk. Die Arbeiterschaft muß wissen, was die Anstrengung der Unternehmer bezüglich der Reform in der Sozialversicherung bedeutet. Jahrzelntelange Errungenschaften stehen auf dem Spiel.

Die Angriffe der Arbeitgeberverbände gegen das Sozial- und Arbeitsrecht

I.

Der Sturz der Regierung der großen Koalition war darauf zurückzuführen, daß man die Zölle erhöhen, die Massensteuern ausbauen, dagegen die Arbeitslosenversicherung abbauen wollte. Da sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf letzteres nicht eingelassen hat, ist die Regierung aufgefliegen. Im Anschluß daran ist ein Brief von Borsig, dem ersten Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den deutsch-volksparteilichen Reichsfinanzminister Moldenhauer bekannt geworden. In diesem Brief erklärt Borsig mit dürren Worten, daß die Arbeitgeberverbände die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verweigern, dagegen den Abbau der Unterstützungssätze verlangen. Sollte diesem Verlangen nicht stattgegeben werden, dann würden die Arbeitgeberverbände sich überlegen müssen, ob sie ihre Vertreter aus den Verwaltungsausschüssen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zurückziehen und ihre Mitarbeit einstellen wollen.

Also eine glatte Drohung der Arbeitgeberverbände. Gerade die Arbeiterklasse, die erkannt hat, daß sie nur durch Schaffung und Erhaltung starker Gewerkschaften in der Lage ist, ihre Interessen wahrzunehmen und zu sichern, wird es an sich der Arbeiterklasse grundsätzlich nicht übernehmen, wenn dieselbe ihre Interessenvertretung mit allen zulässigen Mitteln betreibt, denn auch die Gewerkschaften versäumen es nicht, die Interessenvertretung der Arbeiterklasse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen. Entscheidend ist nur, ob die Reichsregierung die Interessen der Arbeiterklasse oder diejenigen der Arbeiterklasse für wichtiger hält. Die jetzige Reichsregierung hat sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt.

Für die Gewerkschaftsmitglieder ist es wichtig zu wissen, in welcher Weise die Arbeitgeberverbände die Behörden und die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten beeinflussen. Hierzu ist vorweg festzustellen, daß die Arbeitgeber ganz außerordentlich rührig sind. Sie fordern den Abbau des Sozial- und Arbeitsrechtes auf der ganzen Linie. Zu diesem Zwecke werfen sie eine Broschüre nach der anderen auf den Markt. Die Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Nr. 49 vom Dezember 1929: „Aufstieg oder Niedergang?“, Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform, sind von Anfang bis zum Ende eine einzige Forderung nach Einschränkung der Rechte der Arbeiterklasse.

Mit einer sehr dickleibigen Broschüre: „Steuer-senkung statt Steuererhöhung bleibt unsere Parole!“ tritt nun auch der Hansa-Bund erneut auf den Plan. Dieser umschreibt den Abbau des Sozialrechtes mit Steuer-senkung. Wenn die sozialen Verpflichtungen des Reiches abgebaut werden, dann sind natürlich nicht mehr so viel Steuern notwendig. Also braucht man nur so zu verfahren, um Steuer-senkungen durchzuführen. Das ist die ebenso einfache wie neue „Idee“ des Hansa-Bundes. Im einzelnen fordert er für die Arbeitslosenversicherung eine dauernde Sonderstellung der Saisonarbeiter, die Schaffung von Gefahrenklassen, die dauernde Sonderbehandlung der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Angestellten und die Abstufung der Höhe der Leistungen nach der Dauer der Anwartschaft. An der Invalidenversicherung will der Hansa-Bund jährlich 238,5 Millionen Reichsmark „sparen“.

Inzwischen ist auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände keinesfalls müßig gewesen. Sie hat sich ebenfalls über das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse sehr ernsthaft unterhalten. Sie hat sogar zu diesem Zwecke eine besondere Abteilung eingerichtet, in der Syndizist sich beruflich dieser Aufgabe widmen. Das Ergebnis ist für diesmal eine Broschüre: „Die Reform der Sozialversicherung, eine Schicksalsfrage des Deutschen Volkes!“. Den Hauptteil dieser Broschüre bilden die „Vorschläge“ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur „Reform“ der Krankenversicherung. Hier kann man jährlich 500 Millionen Reichsmark „sparen“ und zwar unter anderem durch Abbau der Selbstverwaltung, durch Festsetzung niedriger Grundlöhne und dadurch bedingtes niedriges Krankengeld, durch Wegfall des Krankengeldes für Sonn- und Feiertage und durch Beteiligung der Krankenkassenmitglieder an den Arzneikosten.

Allein diese „Reform“vorschläge ergeben bereits eine jährliche Einsparung von mehr als einer Milliarde Reichsmark. Diesen Betrag sollen die Angehörigen der Arbeiterklasse jährlich weniger an Leistungen erhalten. Auf diese Weise soll die deutsche Wirtschaft endgültig „gesund“.

VERBAND UND BERUF

Berufskrankheiten und Berufsgefahren

Gewisse Krankheitserscheinungen eines Teils der graphischen Arbeiterschaft gaben dem Graphischen Kartell Nürnberg-Fürth Anlaß zur Einberufung einer allgemeinen Funktionärversammlung für den 9. April, in der Herr Gewerbeinspektor Hofmann über das so zeitgemäße Thema: Berufskrankheiten und Berufsgefahren sprach. Er führte aus, daß das Thema nicht neu sei, und dank der Aufklärungsarbeit der verschiedensten Organisationen ist aus der unwissenden Menge eine wissende Arbeiterschaft geworden. Im Buchdruck ist das Blei der Gefahrenträger und Krankheitserreger, während im Steindruck die Beschäftigung mit Puder-, Bronzier- und Abstaubarbeiten bei der Herstellung von keramischen Abziehbildern, besonders gesundheitsschädlich ist. Die Entwicklung der Technik brachte gleichlaufend eine verstärkte Anwendung der chemischen Erzeugnisse mit sich. Schon im Altertum kannte man die Bleivergiftung, deren Krankheitserscheinungen, wie Bleikolik, Lähmung und Blindheit, auf Grund der Forschungsergebnisse des Gewerbephysikers Professor Levin ausführlich dargelegt wurden. Eine reichhaltige Literatur besteht über die Bleierkrankungen, womit sich die Spezialärzte Tölke, Köllisch und Rambusch eingehend befassen. Die Feststellung der Krankheit erfolgt in der Weise, daß dem Patienten Blutproben entnommen werden. Aus der Anzahl der Blutkörperchen ist der Krankheitsstand zu erkennen. Der Bleivergiftung versuchte erstmalig die Bundesratsverordnung vom Jahre 1897 entgegen zu wirken. Mit am gefährlichsten sind die Puderarbeiterinnen, was an Hand einer Übersicht der Nürnberger Gewerbeinspektion vom Jahre 1928 an der Zahl der anerkannten Fälle nachgewiesen wurde. In den kleineren Steindruckereien werden mitunter schulentlassene Kinder mit den ungesunden Arbeiten beschäftigt. Da ist es nicht verwunderlich, wenn schon nach einigen Monaten, ja Wochen, schwere Erkrankungen auftreten. Die Krankenkassen haben dann zu bezahlen was durch Profitsucht der Unternehmer auf der einen Seite eingespart wurde. Das Vorhandensein einer guten gewerkschaftlichen Organisation, die nach dem Rechten sieht, trägt auch sehr zur Krankheitsverhütung bei. Es ist eine grobe Fahrlässigkeit, wenn Handtaschen mit Nahrungsmitteln unter die Arbeitstische gestellt werden. Keine Nahrungsaufnahme ohne Händereinigung! Sind auch die technischen Einrichtungen zum Teil einwandfrei, so läßt sich doch der gefährliche Staub nicht völlig niederschlagen. Grundsätzlich sollen nur vollgesunde Arbeitskräfte für diese Tätigkeit ausgewählt werden. Auch die sogenannten Mundatmer eignen sich nicht dazu. Je abgeracketer ein Mensch ist, desto schneller erfolgt die Erkrankung. Bei der Einstellung sollte eine ärztliche Untersuchung erfolgen, die alle Vierteljahre wiederholt werden müßte. Schon bei den Anzeichen einer Bleierkrankung müßte die Überweisung in ein Genesungshelm erfolgen. Die Weigerung mancher Arbeiterinnen, bei der Entnahme von Blutproben ist nicht angebracht, da es das sicherste Mittel zur Krankheitserkennung ist. Eine ständige Entlüftung sowie regelmäßige Reinigung des Betriebes, naß und trocken, durch Aufwaschen und Staubsaugen, trägt wesentlich zur Verhütung bei. Die Pudermaschinen müssen gut abgemantelt und mit einer gut funktionierenden Absaugevorrichtung versehen sein. Die Waschräume sowie die Kleiderablagen sind am zweckmäßigsten außerhalb der Arbeitsräume untergebracht. Die Lieferung einer Arbeitskleidung, bestehend aus Mantel und Haube sowie von Seife und Handtuch für jeden einzelnen, sind vordringliche Forderungen, selbstverständlich ist auch der Gebrauch einer Zahnbürste. Der Genuß von Milch und Schleimsuppen wirkt auch vorbeugend. Ähnlich der Bundesratsverordnung für das Buchdruckgewerbe wäre auch für die Steindruckbetriebe die Aufstellung von Richtlinien zweckmäßig. Die Verordnung, die für die damalige Zeit einen großen Fortschritt bedeutete, hat viel für die Gesundheit der Arbeiterschaft und zur Herstellung von modernen Neu- und Umbauten beigetragen. Von Wichtigkeit ist auch die Dauer der Arbeitszeit, für die gefährdeten Arbeiterinnen ist ein hygienischer Arbeitstag von acht Stunden zu fordern, der nicht überschritten werden darf. Lange Arbeitszeit hat bekanntlich rasche Ermüdung und früheres Sichteum zur Folge. Im Tiefdruck ruft besonders die Verwendung von Toluol und Xylol, als Abkömmlinge vom Benzol, gewisse Krankheitserscheinungen hervor. Auf diese Schäden sind in Berlin die Behörden aufmerksam gemacht worden und das Kaiser-Wilhelm-Institut hat bereits Untersuchungen vorgenommen. Nach Dr. Stocke zeigen sich Herzbeckenschmerzen, Kopfschmerzen, verbunden mit Rauschzuständen. In schweren Fällen hatte die nervöse Erschöpfung Arbeitsunfähig-

keit im Gefolge. Bezeichnend ist, daß in Räumen mit wirksamen Absauge- und Entlüftungsanlagen weniger Erkrankungen vorkamen, jedoch sind durch die Verwendung von Terpentinersatz und Waschmittel Hauterkrankungen (Ekzeme) festzustellen. Das Personal bzw. die Betriebsräte müßten Besserungsvorschläge machen und in diesem Sinne an der Erhaltung der Gesundheit mitarbeiten. Beruf und Existenz sind abhängig von einem gesunden Körper. Lebhafter Beifall dankte dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen, die noch vom Vorsitzenden, Kollegen Brandmüller, unterstrichen wurden. In der Aussprache stellte Kollege Reckling fest, daß der Hilfsarbeiterverband diesen Berufsgefahren schon von jeher sein Augenmerk zuwandte. Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Gefahr nur durch erhöhte Lohnzuschläge beseitigt werden könne. Wir verlangen immer die Stellung von geeigneter Berufskleidung, leider ist diese Verpflichtung im Tarif durch die passive Haltung der Unternehmer nur eine empfehlende. Zu verurteilen ist der Genuß von Nahrungsmitteln bei der Arbeit. Bezeichnend ist, daß die älteren Arbeiterinnen meist mehr gegen diese Erkrankungen gefeit sind, dagegen sind die jüngeren, die sogenannten Kriegskinder, eher davon betroffen. Die Festsatzung eines Mindestalters muß bis zur gesetzlichen Regelung auf tariflichem Wege erfolgen. Die Gewerbeaufsichtsbehörden werden von den Gewerkschaften in jeder Weise unterstützt. Für die Tiefdruckabteilungen in Nürnberg ist bereits eine Statistik aufgenommen. Diese Erhebungen werden vom Graphischen Bund gesammelt und zu Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften verarbeitet. In seinem Schlußwort gab der Referent noch einige praktische Winke über die Fragen bei Aufnahme einer statistischen Feststellung der gesundheitlichen Verhältnisse.

Blitzlichter!

Seit dem Aufhören des tariflichen Arbeitsnachweises hört man allerwärts von Versuchen der Unternehmer, durch mancherlei Handlungen den Lohn der Kollegen zu drücken. Ist es auch in vielen Fällen gelungen, diesen Verschlechterungsabsichten entgegenzutreten, so ist es doch in manchen Fällen nachgewiesen, daß durch verschiedene Umstände, wie Gerichtsurteile etc., den Kollegen ihre Rechte beschritten wurden. Als bester Coup dient den Unternehmern immer wieder Entlassung sogenannter „unbeliebter“ Kollegen, sei es, daß sie ihnen durch zu Recht erworbenen Leistungslohn auf die Nerven fallen oder daß sie wegen solidarischen Eintretens für die Kollegeninteressen allmählich ungemütlich werden. Jedenfalls gibt der dehnbare Begriff des § 84 Absatz 4 des BRG. keinen genügenden Schutz, um im Allgemeininteresse die Kollegen von den Abbaugelüsten der Unternehmer zu bewahren. Mit welchen Mitteln da die Gegenseite argumentiert, zeigen ja Beispiele (offener Brief des Kollegen Ferkel). Kollegen, die sich durch ihre Fachkenntnis einen höheren Lohn errangen, müssen mit einmal eine Bekräftigung ihrer Leistung erleben, wie es in andern Zeiten kaum der Fall war, und nur deshalb, weil durch das Arbeitslosenseheer den Arbeitgeber endlich ihre Zeit gekommen erscheint, wie sie es glauben. Nicht umsonst entbrannte der Kampf bei den vorjährigen Tarifverhandlungen so um den Arbeitsnachweis. Was für Folgen es hatte, kann man jetzt ermessen. Durch die schnelle und oft unfachmännische Rationalisierung in unserem Berufe wurde die Arbeitslosigkeit verschärft. Da ein gewisser Stillstand der Entwicklung eingetreten ist, versucht man, statt sich der Arbeitsämter an Orte zu bedienen, in anderer Weise Arbeitskräfte zu erhalten. Nur deshalb wurde gegen den tariflichen Arbeitsnachweis gewettert, um die Arbeitsvermittlung als Lohndrücker gegen die Kollegen zu gebrauchen.

Als Beispiel: Die Firma Wiedemann in Saalfeld treibt seit dem Eintreten des neuen Direktors ein ganz rigoroses Spiel mit den Kollegen. Wohl manchem Kollegen aus seinen früheren Wirkungskreisen bekannt, fühlt er, so scheint es, das Zeug in sich, als Diktator großen Stils von sich reden zu machen. Sein Prinzip ist, allen älteren Kollegen zu beweisen, daß ihre Löhne für sein Geschäft zu hoch sind. Deshalb versucht er mit allen Schikanen ihnen das Leben so schwer wie möglich zu machen und scheidet vor keinem Mittel zurück. Bei geringsten Anlässen wird die Kündigung ausgesprochen. Trotzdem die Firma uns schon die meisten Arbeitslosen hier bescherte, annouciert sie aber sofort wieder um auswärtige Kräfte, natürlich zu einem erheblich geringeren Lohn. Man ist fast geneigt zu glauben, der Fremdenverkehr soll gefördert werden. Daß es wirklich darum geht, den Lohn abzubauen, beweisen zwei letzte Kündigungen älterer Kollegen, denen ein neues, natürlich geringeres Lohnabkommen vorgelegt wurde, und leider gelang es bei einem Kollegen zum Ziel

zu gelangen. Außerdem werden jetzt auch neue Versuche gemacht, durch das Arbeitsamt auch die Kräfte wieder zu erhalten, die erst brotlos gemacht wurden. Die Einstellungen sollen aber beileibe nicht zu dem alten Lohn, sondern zu einem erheblich geringeren erfolgen. Da natürlich das Vorhaben fehlschlug, wurde das Arbeitsamt alarmiert und prompt erfolgt wegen Verweigerung der Arbeitsannahme Sperre der Erwerbslosenunterstützung. Solche Dinge gilt es natürlich ernstlich zu überprüfen, um bei den Tarifverhandlungen den Unternehmern zu zeigen, daß es auf die Dauer unerträglich ist, unter solchen Verhältnissen Tarifpartner zu sein. Wenn die Unternehmer ernstlich gewillt sind, mit den Kollegen den Beruf und ihre Betriebe zu heben, müssen sie in Zukunft ihre Arbeiter als Kulturmenschen und nicht als Arbeitstiere betrachten und behandeln.

Silo.

Dem Kollegen Mescha zum 70. Geburtstag

Unsere Zeit ist zu schnelllebig. Die Ereignisse überstürzen sich nur so und nehmen den Menschen ganz gefangen. Kein Wunder deshalb, daß hin und wieder etwas unbeachtet bleibt. So kommt es, daß wir auch dem Kollegen Martin Mescha erst nachträglich herzlichste Glückwünsche zum 70. Geburtstag übermitteln können.

Kollege Martin Mescha, der am 15. April seinen 70. Geburtstag feiern konnte, hat große Verdienste um das Werden unseres Verbandes. War er doch unser erster Finanzminister. Als auf dem Kongreß in Magdeburg 1890 durch Zusammenschluß der Fachvereine der „Verein der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufsgenossen“ gegründet wurde, war es der Kollege Mescha, dem die Führung der Verbandskasse übertragen wurde. Er hat dieses Amt bis zum Verbandstag in Nürnberg 1895 verwaltet und in dieser schwierigen Zeit seinen Teil zum Aufstieg des Verbandes beigetragen. Ist Kollege Mescha dann auch nicht mehr besonders hervorgetreten aus der Kollegenfront, bleibt sein Verdienst um den Verband doch ungeschmälert. Das sichert ihm den Dank der Kollegenschaft, die ihm nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zum 70. Geburtstag entbietet.

Kollege, lies!

Das Verbandsblatt soll nicht nur der Anregung, Belehrung und Aufklärung des einzelnen Mitglieds dienen. Das Verbandsblatt ist auch zum Werben bestimmt, und ungeheure agitatorische Werte gehen allmonatlich dadurch zugrunde, daß das Verbandsblatt noch nicht in der erforderlichen Weise in den Dienst der Werbearbeit gestellt wird. Da liegt es oft in einer Ecke versteckt, da wird es verbrannt, verbraucht, und die geistigen Werte, die das Blatt enthält und die tausendfältige Frucht tragen können, werden einfach nicht genügend geachtet.

Reiche dein Blatt deinem Kollegen, der es noch nicht genügend kennt! Doch so allgemein ist auch diese Forderung noch ungenügend. Die jagende Zeit läßt vielen keine Muße zur Lektüre eines Blattes, das ihnen noch nicht nahe steht. Da bekommen sie es denn in die Hand und blättern — und legen es fort.

Auch in der Werbeausnutzung des Verbandsblattes müßten wir zu einer rationelleren Methode kommen. Die Lust zum Lesen ist nicht groß, die Zeit ist knapp, das Interesse verschieden. Aber du weißt, was von dem Inhalte deines Blattes den oder jenen Kollegen besonders interessiert. Reiche ihm dein Blatt darum mit dem Hinweis auf diese oder jene ganz bestimmte Arbeit!

Das Leben mit seiner Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit hat auch so mannigfaltig gearbete Menschen geschaffen. Tausendfältig ist das geistige Interesse, und selbst auf bestimmtem Gebiete, wie dem sozialen, gibt es viele verschiedene Neigungen und Gesichtspunkte, von denen aus das Leben betrachtet wird.

Und hier setzt die rationelle Werbearbeit ein. Sie faßt den einzelnen in der Besonderheit seines Wesens, seiner Neigungen, seines Interesses, und sie lenkt aus diesem Besonderen dann auf das Allgemeine ein.

Nach dem Blättern im Blatte hörst du nachher von deinem Kollegen oft nur allgemeine Redensarten, weil er nichts las. Aber biete ihm die besondere Aufmerksamkeit für eine bestimmte Arbeit und er ist gezwungen, zu Positivem zu stehen und er muß sich mit Positivem beschäftigen. Und du bietest einen festen Punkt, von dem aus er in seiner Weise die Welt deines Verbandes am besten sieht.

Rationelle Verwendung des Blattes im Dienste des Verbandes!

Nimm und lies, Kollege! Und lies mal *das hier!*

JUGENDHILFE

Wir brauchen auch die Lehrlinge!

Wie von den Mitgliedschaftsleitungen an den Verbandsvorstand berichtet wird, haben die Unternehmer trotz der reichlich vorhandenen freien Arbeitskräfte bei der Lehrlingeinstellung zu Ostern das tariflich Zulässige weidlich ausgenutzt und neue Lehrlinge sind mehr wie genug den Berufen zugeführt worden. Trotzdem wird auch noch das Ansinnen an die Verbandsleitung gestellt, der Einstellung überzähliger Lehrlinge die Zustimmung zu geben. Muß hier auch jeder Fall für sich geprüft werden, bleibt doch die Grundentscheidung, daß die tariflichen Staffeln mehr Lehrlinge zulassen, als die Gewerbe gebrauchen und ihr dienlich sind. Wir haben also reichlich gewerblichen Kräftezuwachs bekommen, und es obliegt uns nun, diesen Kräftezuwachs zu gewinnen.

Daß der Gehilfenschaft aus Eigeninteresse die Pflicht obliegt, die zukünftigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen, bedarf keines besonderen Beweises. Mit der Gründung der Lehrlingsabteilung und dem Mühen, sie ständig besser ihrer Aufgabe gewachsen zu machen — was dem Verbande nicht nur Arbeitsaufwand, sondern auch finanzielle Opfer kostet — war die Entscheidung der Kollegen für die organisatorische Erfassung der Lehrlinge getroffen. Gewiß war diese Entscheidung nicht ohne Zwang. Den älteren Kollegen ist sicher noch geläufig, daß mit dem Entstehen des Unterstützungsvereins Senefelder als Protest gegen die vor 25 Jahren vorgenommene Verschmelzung von Verband und Senefelder-Bund die Unternehmer glaubten, durch Anmeldung der Lehrlinge beim Senefelder-Verein diese für die Dauer von der Gehilfenschaft trennen zu können. Dieser Unternehmerplan ist durch die Gehilfenschaft gründlich zunichte gemacht worden und man hat später von Widerstand der Unternehmer gegen die Lehrlingsabteilung nur selten etwas gehört.

Inzwischen hat die Lehrlingsabteilung gute Fortschritte gemacht, hat die Lehrlinge zu mindestens 90 Proz. in ihren Reihen und hat in der deutschen gewerkschaftlichen Jugendbewegung wie unseren Bruderorganisationen als Vorbild gedient. Unsere Lehrlingsabteilung ist auch tatsächlich mit die älteste gewerkschaftliche Jugendabteilung. Und in der Errassung der Organisationsfähigen bleibt sie allen Jugendabteilungen ein erstrebtes Ziel. So muß es auch bleiben!

Sollen auch weiterhin alle Lehrlinge Mitglieder der Lehrlingsabteilung sein, dann muß auch zukünftig die Werbearbeit für die Lehrlingsabteilung nachdrücklich unterstützt werden. Natürlich soll auch zukünftig die Werbearbeit für die Lehrlingsabteilung in erster Linie der Abteilung und ihren Gliedern obliegen. Schon aus rein organisatorischen Gründen ist so zu verfahren. Denn wenn die Mitglieder der Lehrlingsabteilung in erster Linie dafür sorgen, daß ihre Lehrkollegen sich der Abteilung anschließen, ist für die zukünftige Geschlossenheit der Kollegenschaft schon viel getan. An die Mitglieder der Lehrlingsabteilung ist auch bereits der Ruf ergangen, eifrig die Osterwerbung zu betreiben und die gemeldeten Erfolge sind sehr erfreulich.

Den Lehrlingen aber allein die Werbearbeit zu überlassen, wäre kurzsichtig. Denn auch hier treten Schwierigkeiten verschiedenster Art auf, denen ein Lehrling eben nicht gewachsen ist. Es braucht nur auf Schwierigkeiten, die der Lehrherr macht oder die im Elternhaus liegen, hingewiesen zu werden, um sofort klar darüber zu sein, daß die Werbung für die Lehrlingsabteilung die Mithilfe der Kollegen nicht entehren kann. Und sie darf es auch nicht! Denn die Lehrlingsabteilung ist ein volles Glied des Verbandes, der die schwere Aufgabe gestellt ist, die werdenden Kollegen für die wirtschaftliche Bewegung der Kollegen, für den Klassenkampf, für den Sozialismus reif zu machen. Wenn wir unsere Ziele als Verbandsmitglieder und Kollegen erreichen wollen, brauchen wir jeden einzelnen. Auch der Lehrlinge können wir nicht entraten! Darum tut eure Pflicht, helft mit, daß auch die neuen Lehrlinge Mitglieder der Lehrlingsabteilung, und daß sie gute Glieder unseres Verbandes werden. Denn wir brauchen auch die Lehrlinge!

Jugendführer-Konferenz in Bayern

Laut Beschluß des Bezirksausschusses fand für die Jugendleiter der freien Gewerkschaften eine Jugendführerkonferenz für Bayern in München statt. Die Tagung war für Sonntag, den 13. April festgesetzt. Die Konferenz tagte im Saale des Münchener Gewerkschaftshauses und war von etwa 230 bis 240 Delegierten besetzt worden. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Die erzieherische Aufgabe unserer Jugendleiter. Referent

Kollege Maschke (Berlin). 2. Aus der Arbeit eines gewerkschaftlichen Jugendkartells. Referent Kollege Ruff (München).

Landtagsabgeordneter Kupfer eröffnete als Vorsitzender die bedeutsame Konferenz. Nach kurzer Begrüßung ergriff Kollege Maschke (Berlin) zu Punkt 1 das Wort. Redner führte dabei in einem einstündigen Referat unter anderem aus: Es geht darum, die kommende Generation einzuführen in die Gedankenwelt der Erwachsenen. Sie mit unseren Zielen vertraut zu machen. Auch die Jugend muß sich ernsthaft um ihre eigenen materiellen Interessen kümmern. Sie muß an der Besserstellung ihres eigenen Schicksals mitwirken. Die Arbeiterschaft muß ihrem Leben einen Sinn geben. Die Gewerkschaften haben die Aufgaben, die Jugend im Sinne des Sozialismus zu erziehen, dieselbe in gewerkschaftliches Fühlen und Denken einzufügen. Der Referent fügt hier eine Reihe besonderer Betrachtungen in diesem Sinne ein. Die Jugendlichen bestehen aus einer sehr verschiedenartigen Masse, das dürfen die Jugendführer nicht außer acht lassen. Wir haben eine Reihe Hemmungen aus dem Wege zu räumen.

Reverenz

an das 20. Jahrhundert

*Gewalt herrscht unumschränkt in unserer Zeit,
Ein scharfer Peitschenschlag ist jede Stunde!
Das Herz im Menschen scheint verdorrt
Seit Anbeginn der Dinge.*

*Das Schwert verlor ruhmvolle Gültigkeit,
Museumstaß sind die Wehrrüst!
Jedem Mars jedoch besüßigt sich
Mit Gas, Bazillen und Batterien.*

*Den letzten Königen wird rar der Sauerstoff,
Die neuen nennen sich Diktator!
Wohlf aber ist gemeinsam beiden
Zierhafte Eier nach Menschenleibern.*

*Auf Steinen schläft Proletenvolk,
Der Dornentone Stagel brütten.
Noch immer triumphiert die Pharisäerlaste!
Noch immer schmachvoll Rückenbeugen!*

*Zweitausend Jahre sind nicht viel
Und doch genug um unsere Zeit zu schmähnen.
Zweitausend Jahre glaubt und kämpft
Der Mensch um Bruderliebe!*

Alexander Merly.

Unsere Jugendabteilungen sind nun einmal keine Schule mit systematischer Lehrfähigkeit. Wir müssen uns manchmal auch eine weise Beschränkung auferlegen. Der bekannte Pädagoge Kerschensteiner sagt mit Recht: Es gibt keine Bildungsmöglichkeit, wenn kein Bildungsinteresse vorhanden ist. Man wird also an den Jugendlichen vorbeireden. Darum geschickte Stoffauswahl bei Einzelvorträgen. Man muß die Vortragsthemen anknüpfen lassen an den Erfahrungskreis der jungen Menschen. Es darf die Schicksalsverbundenheit nicht aus dem Auge gelassen werden als erzieherische Aufgabe des Jugendleiters. Sorgt für Erkenntnis als Jugendführer. Man muß für Stärkung zur Verbundenheit der Arbeiter besorgt sein! Geschichtliche Betrachtungen sind hier gute Hilfsmittel. Die Vergangenheit darf durchaus nicht mit einer Handbewegung von den Jugendlichen abgetan werden. Es sind heute die ersten Ansätze zur Gemeinwirtschaft vorhanden. Wir müssen den Jugendlichen hier den Unterschied mit der privaten Profitwirtschaft erst gefühlsmäßig und dann verständnismäßig näher bringen. Der kommunistischen Klassenkampffpropaganda müssen wir positiv entgegengetreten und den Entwicklungsgedanken aufzeichnen. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ist in stetem Fluß, also beweglich! — Veränderungen unterworfen! — Wir müssen als Gewerkschafter für grundsätzliche Umgestaltung der privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre besorgt sein.

Reiche Kleinarbeit ist zu leisten. Hier gilt es in jeder Lage konsequent den Mann zu stellen.

Die radikalen Jugendzieher des Kommunismus haben es leichter als unsere Jugendführer. Sie arbeiten eben auf den einzigen großen Tag hin, an dem dann das Rad der Welt gedreht wird und dann alles von oben nach unten kommt und umgekehrt? — Kollege Maschke weist auch noch auf das sehr wichtige sexuelle Gebiet hin. Wir

haben eben keine exklusive Einzelarbeit zu leisten als gewerkschaftliche Jugendleiter, wie Abstinenzler, Sportler und andere. (Reicher Beifall.) Es schließt sofort das Referat des Kollegen Ruff (München) an. Derselbe geht eingangs seiner Ausführungen auf den Sinn und die Bedeutung eines gewerkschaftlichen Jugendkartells ein. Es wird dann die Gründung der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften nach dem Kriege gestreift. Gründungen der Jugendzeitschriften. Es wird besondere Jugendarbeit geleistet, um die Jugend zu schützen und ihr zu helfen. In München wurde schon 1919 ein Jugendkartell gegründet. (Zuruf: Und in Nürnberg erst 1926.) Der Referent verliest hierauf Richtlinien, programatische Erklärungen des Münchener freien Gewerkschaftsvereins zur Jugendfrage. Die zentrale Jugendkommission, der Vorläufer des Jugendkartells, bestand aus 17 Mitgliedern mit 3 Unterausschüssen. Die einzelnen Ortsausschüsse haben einen weiten Rahmen zur Betätigung durch die nun bestehenden Mustersatzungen. Gemeinsame Arbeit soll geleistet werden. Berufsstolz ist gut — Berufsdünkel nimmer! — Vorträge darf man nur von Sachkennern halten lassen, nie von Dilettanten! — Der Referent gibt viele Hinweise auf geeignete Vortragsthemen, desgleichen auf zu fördernde Jugendleiterfähigkeit, Jugendarbeit für die Praxis, Aufgabenkreis des Jugendführers. Die Fahrpreisermäßigung wird ebenfalls behandelt. Ferner die Führerauswahlfrage, unsere Stellung zum Jugendherbergsverband. Weiter die Jugendherbergsfrage und die praktische Arbeit des Jugendkartells. (Die in Münchener Urwüchsigkeit zum Ausdruck gebrachten Darlegungen des Referenten, welche mit einer Reihe von Beispielen durchbrochen waren, wurden mit starkem Beifall belohnt.)

Es schloß sich nun eine zweieinhalbstündige Aussprache an diese beiden Referate an. Aus dieser Aussprache war vor allem zu ersehen, daß eine Reihe Jugendleiter aus Nürnberg nicht zufrieden sind mit der Tätigkeit des dortigen Kartells. Sie waren der Auffassung, daß das dortige Jugendkartell nicht regsam genug sei. Auch die Haltung der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes in Nürnberg, zur Gründung von eigenen Jugendabteilungen in ihrer Mitgliedschaft Nürnberg, wurde heftig angegriffen. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes verteidigte diese Haltung ungeschickt und rief Protestzurufe hervor. — Eine Reihe Redner aus mittleren Städten brachten Klagen und etliche Sonderwünsche vor. Auch wurden einige Anfragen gestellt. Die Redner waren mit den Referaten einverstanden. Nach kurzem Schlußwort der Kollegen Maschke und Ruff wurde die anregende Konferenz mit markigen Schlußworten vom Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Genossen Kupfer, geschlossen. *Emil Herr.*

Jugend und Arbeitslosigkeit

Wie es in den erwerbslosen Jugendlichen wirklich aussieht, zeigt ein interessanter Versuch in einer Harburger Berufsschule. Dort ließ ein Lehrer die Schüler Aufsätze zu dem Thema „Erwerbslos“ schreiben und kommt auf Grund dieser Aufsätze selbst zu dem Schluß:

„Alle Jugendlichen zeigen in den Niederschriften den unbedingten Willen zur Arbeit. Wie gern möchten sie arbeiten, und die Arbeitslosigkeit erscheint ihnen als das größte Unglück. Die Lektüre dieser Niederschriften möchte man allen denen besonders empfehlen, die so gern von der „Drückebergerei“ der Arbeitslosen reden und schreiben. Mancher höhere Schüler könnte sich durch diesen Arbeitswillen beschämen lassen. Unsere Arbeiterjugend ist arbeitsfreudig, wenn sie anständig behandelt und entlohnt wird.“

Einige Proben aus den Aufsätzen selbst:

„Ein halbes Jahr habe ich verkürzt gearbeitet, jeden Tag darauf gewartet, daß es endlich wieder mal losgeht. Wie schwer traf mich daher die Kunde, als es eines Tages hieß, wir werden entlassen. Eine Wut erfüllte mich, daß ich am liebsten alles kleingeschlagen hätte. Ich mochte es gar nicht meinen Eltern sagen. Als wir dann unsere Papiere erhalten hatten, ging es sofort zum Nachweis, um uns eintragen zu lassen.“ Ein anderer schreibt:

„Schon über sechs Wochen bin ich arbeitslos. Es ist nicht schön, tagtäglich rumzufaulenzen. Und mein alter Vater muß für mich arbeiten. Lieber täte ich das Umgekehrte.“ Oder:

„Durch diese Arbeitslosigkeit kommt die Jugend, die so kräftig und munter in die Zukunft schauen soll, richtig so runter, daß sie in späteren Jahren durch Krankheit aufs Bett geworfen wird und nicht mehr aufsteht. Dieses ist aber noch nicht das letzte, sondern der Hunger treibt die Menschen, daß sie sich an fremdem Gut vergreifen und die Kinder auch auf diese Art und Weise den Hunger zu stillen suchen.“

Vom Büchertisch

Handbuch der Gewerkschaftskongresse. Von Dr. Salomon Schwarz. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Ganzleinen gebunden 8,— Mk.

An knappen geschichtlichen Darstellungen, welche die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege im ganzen oder in einzelnen Abschnitten behandeln, ist kein Mangel. Die Jahrbücher des ADGB bilden gleichsam eine fortlaufende Chronik der Geschichte der Gewerkschaften, eingearbeitet in den Zusammenhang der Geschichte der deutschen Gegenwart.

Aber alle diese Werke bieten doch für die Nachkriegszeit nicht die gleiche leichte Orientierung, wie sie für die Jahrzehnte vor dem Kriege durch das „Handbuch der Gewerkschaftskongresse“ von Barthel besteht.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der bekannte Sozialpolitiker Dr. Salomon Schwarz es unternommen hat, die Arbeit von Barthel fortzuführen und die Gewerkschaftskongresse der Nachkriegszeit unter rund 60 Stichwörtern zu bearbeiten. Alle auf den Gewerkschaftskongressen behandelten Fragen werden in einer Fülle von klaren, knapp geschriebenen Abhandlungen dargestellt, deren Umfang je nach Bedeutung des Themas wechselt. Einleitend werden die Sitzungen auf nahezu 80 Seiten zum erstenmal nach ihrer Entstehung und ihrem sachlichen Zusammenhang eingehend geschildert.

24 Stunden Deutsch. Ein praktisches Hilfsbuch für Erwachsene. Von H. Gramm. Verlagsgesellschaft „Courier“ G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis für Angehörige der Organisation 1,— Mk.

Mit vorliegendem Büchlein hat die Verlagsanstalt „Courier“ ein wirklich vorzügliches Hilfsmittel zur Weiterbildung in der deutschen Sprache herausgebracht. Das Büchlein enthält in knapper aber übersichtlicher Form und allgemeinverständlicher Darstellung, die von Schaubildern unterstützt wird, das, was jeder Deutsche wissen muß, um richtig sprechen und schreiben zu können. Der Verfasser ist besonders auf die Klärung der sogenannten Mir- und Michfrage eingegangen. Auf verhältnismäßig kurzem Raum ist die gesamte Sprachlehre (Wortlehre,

Satzlehre, Rechtschreibung, Satzzeichen) so dargestellt, daß das Ganze in 24 Abschnitte geteilt wird, wovon jeder Abschnitt etwa den Lehrstoff für eine Stunde enthält. Wer wöchentlich nur eine Stunde zum Lernen und eine zweite Stunde zur Wiederholung aufwendet, der kann den Selbstunterricht an Hand dieses Büchleins in einem halben Jahre beenden.

Der Alkohol auf der Arbeitsstätte. Von Joh. Zandt. Verlag Deutscher Abstinenten-Bund, Berlin SO 16.

Die Broschüre behandelt nach einem Rundfunkvortrag des Verfassers den Einfluß des Alkohols auf die Arbeitsleistung. In unserer Zeit der Technik, in der Rationalisierung aller Betriebe und höchster Ausbau der Arbeitsmethoden überall eingesetzt haben, ist es gewiß dringend notwendig, den Wertkräftigen und allen Schaffenden von den hemmenden und lähmenden Wirkungen des Alkoholgenusses Kenntnis zu geben. Es ist umso eher notwendig, als noch bei vielen, hervorgerufen durch die dem Alkohol eigene Täuschung von Gefühl und Sinn, die Ansicht herrscht es könnte durch kleine oder auch manchmal etwas größere Mengen jenes Rauschgiftes der „Arbeitschwung“ etwas gehoben werden. Aus den Ergebnissen der Wissenschaft, aus der alltäglichen Erfahrung des arbeitenden Menschen selbst und aus der Überlegung der klaren Vernunft heraus wird hier knapp und doch deutlich genug solchem Trugschluß begegnet.

Religion, Kirche und Sozialismus. Von Prof. Dr. Anna Siemsen. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Laubsche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 1,10 Mk.

Im Rahmen der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“, herausgegeben vom Reichsausschuß der Jungsozialisten, brachte die E. Laubsche Verlagbuchhandlung eine Schrift der Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Anna Siemsen über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche heraus. Mit überzeugender Klarheit weiß die bekannte Pädagogin nicht nur das historisch-soziologische Werden der Religionen und ihrer Organisationen, der Kirchen, darzustellen, sondern darüber hinaus auch den Bedeutungswechsel der kirchlichen Funktionen selbst. Die Kirchen sind mit dem staatlichen Schutz der Religionsbekenntnisse und Übungen zu Organen des Staates selbst geworden, zu konservativen Hütern der bürgerlich kapitalistischen Staatsidee und damit zu konser-

vierenden Elementen der herrschenden Sozialordnung überhaupt. Insbesondere läßt sich das an der Stellung der katholischen Kirche und ihrer politischen Funktionäre in aller Welt, bei uns also vor allem des Zentrums, erkennen. Anna Siemsen verweist auf die Formulierung des Erfurter Programms der Sozialdemokratie, das Religion zur Privatsache erklärt und warnt im Interesse der Herausbildung einer neuen Gemeinschafts- und Sozialgesinnung dringend vor einer Auslegung, die Passivität gegenüber dem religiösen Problem wie der Kirche selbst zur Folge haben müßte. Was insbesondere die sozialistische Gegenwartspolitik betrifft, so darf sie nichts tun, was geeignet wäre, das klassenverwirrende wie klassengesetzverschleiende Verhältnis der Kirchen zum Staat und zur Schule zu fördern. Diese Nutzenanwendung der Schrift, die zur Einführung in die Probleme und zur Klärung der Begriffe um sie geschrieben wurde, ergibt sich zwingend. Das Werkchen wird dazu beitragen, die kulturpolitischen Debatten der Gegenwart zu befruchten und besonders der sozialistischen Auseinandersetzung über eine proletarische Kulturpolitik neue Impulse geben.

Inhaltsübersicht

- Hauptteil: Die Anträge der Unternehmer. / Ehrenworte! / Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt.
- Recht und Gesetz: Der Kampf um die Reform der Krankenversicherung. / Die Angriffe der Arbeitgeberverbände gegen das Sozial- und Arbeitsrecht. I.
- Verband und Beruf: Berufskrankheiten und Berufsgefahren. / Blitzlichter. / Dem Kollegen Mescha zum 70. Geburtstag. / Kollege lies!
- Jugendhilfe: Wir brauchen auch die Lehrlinge. Jugendführer-Konferenz in Bayern. / Reverenz an das 20. Jahrhundert. / Jugend und Arbeitslosigkeit.
- Vom Büchertisch. / Anzeigen.

Energetischer Sprachunterricht

30 Tage für nur RM. 1.80

Kein Vokabel- und Regellernen!

... die Aufgabe, eine fremde Sprache ohne ermüdendes Auswendiglernen von Vokabeln und Einprägen unzähliger Paragraphen der Grammatik erlernen zu können, ist überraschend gelöst ... Arbeit ist bewundernswert ... ein Vergnügen, sich spielend in die Sprache und den ihr eigentümlichen Satzbau unter gleichzeitiger Aufnahme eines großen Vokabelschatzes hineinzu leben ... R. Eckart, Oberingenieur.

unc Herunblättern in Wörterbüchern unnötig sind ... Wortschatz und grammatische Regeln werden fast unbewußt ins Gedächtnis befördert ... E. Overbeck, Stud. rer. merc.

Mehrere Sprachen gleichzeitig perfekt!
... in Französisch, Englisch und Spanisch zu ganz außerordentlichen und raschen Ergebnissen verholfen. Der Begriffsschatz (nicht nur Wortschatz) dieser drei Sprachen ist sicher in meinem Gedächtnis verankert, und gerüstet mit diesen Kenntnissen, finde ich mich in fremdländischen Rechtsquellen so gut und rasch zurecht als wie Leute, die ihre Kenntnisse im Auslande erworben haben ... R. Neu, stud. jur.

... erst Französisch, kurze Zeit später Englisch, dann Spanisch. Dieses Ergebnis erreichte ich neben angestrengtester Berufsarbeit in einem Minimum von Zeit und nahezu mühelos ... W. Vogel, Kaufmann

Geistes-energetische Sparwirtschaft!
Die Methode, nach der wir fremde Sprachen lehren, ist auf das energetische Prinzip, also das Prinzip der Kraft- und Zeitersparnis, aufgebaut. Nach einer Vorbereitung von zwei Stunden ist man bereits imstande, unseren fremdsprachigen Stoff (Zeitungen, Erzählungen, Bühnenstücke, Korrespondenz, Grammatik-Schlüssel usw.) zu lesen, zu verstehen und richtig auszusprechen. Keine besonderen Kenntnisse sind nötig: es genügt einfache Volksschulbildung. Wer den rechts nebenstehend vorge-druckten Anmeldechein ausfertigt und an uns einsendet, erhält sofort die nötigen Lehrmittel, und zwar neue Originalwerke, portofrei übersandt.

... bereitete es mir keinerlei Schwierigkeiten, zu gleicher Zeit zwei fremde Sprachen zu erlernen ... glänzenden Erfolge bin ich geradezu begeistert ... Walter Fischer, Ingenieur.

Keine Zahlung im voraus, vielmehr ist der Betrag von RM. 1,80 erst nach 30 Tagen, also nach Beendigung des Unterrichts, fällig. Wer gleichzeitig den Unterricht in zwei Sprachen beginnen möchte -- eine Aufgabe, von Zehntausenden erfolgreich durchgeführt --, zahlt für beide Sprachen, Unterrichtsdauer 30 Tage, RM. 2,90. Der Anmeldechein ist als Drucksache im Umschlag, 5 Pf. Porto, zulässig.

Anmeldechein

Aufstieg Verlag, Abt. Fernunterricht, München C 45, Bavarling 10.

Ich melde hiermit meine Teilnahme an dem von Ihnen veranstalteten Fernunterricht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt an, daß mir dadurch, abgesehen von der Unterrichtsgebühr von RM. 1,80 für 1 Sprache (für 2 Sprachen RM. 2,90), Unterrichtsdauer 30 Tage, keinerlei weitere Kosten entstehen und damit auch keinerlei Kauf- oder sonstige Verpflichtungen verbunden sind.

In Betracht kommen für mich eine -- (zwei) Sprachen (Zutreffendes gefl. unterstreichen), und zwar: Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Tschechisch (gewünschte Sprache bzw. Sprachen gefl. unterstreichen!).

Nach Ablauf von 30 Tagen, gerechnet vom Tage des Eintreffens der Lernmittel bei mir, werde ich sie (Erfüllungsort München) wieder zurücksenden und gleichzeitig die Unterrichtsgebühr überweisen.

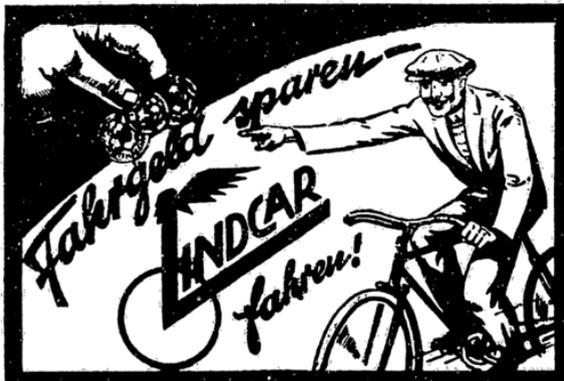
Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße: _____

Deutliche Adresse!



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

Auskunft und Bestellung direkt durch das Werk und alle Ortsausschüsse des ADGB.

Hochwertige Klischees

erzielen Sie bei Verwendung der **Elektronätzplatte 28.**

Verlangen Sie kostenfrei unsere Werbeschrift.

Pyrophor-Metallgesellschaft, Akt. Ges. Werden/Ruhr

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschfinktur Zinkätsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50 Fernsp. Mor. 12295